V-19-026

Nein zu Sklaverei, Gammelfleisch und Korruption - Nein zum Mercosur-Abkommen! Für eine faire europäische Handelspolitik mit klarem Bekenntnis zur Nachhaltigkeit

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)

Änderungsantrag zu V-19

Von Zeile 26 bis 48:
~~**Nein zum Mercosur-Deal, ja zu einer neuen europäischen Handels- und Landwirtschaftspolitik**~~

~~Wir fordern die zukünftige deutsche Bundesregierung auf, im EU-Rat die weiteren Verhandlungen durch die EU-Kommission nicht zu unterstützen, sondern eine grundsätzliche Änderung in der Verhandlungsrichtung zu fordern. Das Verhandlungsmandat muss an die Gegebenheiten von 2018 angepasst werden. Jede Weiterverhandlung sollte abhängig gemacht werden von der vorherigen Durchführung und anwendungsorientierten Auswertung einer unabhängigen Folgenabschätzung unter Maßgabe ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit. Bündnis 90/Die Grünen wird dem Abkommen in der jetzigen Form nicht zustimmen. Denn allen Anzeichen nach bedeutet die bisherige Ausrichtung des Abkommens einen enormen Schaden für Demokratie, Menschenrechte, Umwelt und Verbraucherschutz.~~

~~Die Mercosur-Verhandlungen ist ein Symptom einer EU-Handelspolitik, die zu sehr auf den eigenen kurzfristigen ökonomischen Vorteil bedacht ist, aber Umwelt- und Sozialfragen kaum berücksichtigt. Dies muss sich ändern. Wir brauchen eine Neuausrichtung der EU-Handelspolitik, aber auch eine Abkehr von der Exportorientierung in der Landwirtschaftspolitik.~~

~~Die EU muss bei Umwelt- und Sozialstandards mit gutem Beispiel vorangehen und diese auch über faire Handelsabkommen unterstützen. Bäuerliche Betriebe und die nachhaltige, lokale Produktion in der EU und in den Partnerländern müssen konsequent gefördert. Wir wollen, dass sich die EU vehement am Aufbau eines fairen multilateralen Handelssystems beteiligt.~~

~~Mehr denn je müssen wir unseren Partner*innen auf Augenhöhe begegnen. Dies darf aber nur unter Berücksichtigung der Menschen vor Ort und im Sinne des fairen wie auch nachhaltigen Handels geschehen. Diese Bedingungen erfüllt das Mercosur-Abkommen zum jetzigen Zeitpunkt nicht – im Gegenteil.~~

Nein zum Mercosur-Deal, Ja zu einer neuen europäischen Handels- und Landwirtschaftspolitik
Wir fordern die zukünftige deutsche Bundesregierung auf, im EU-Rat die weiteren Verhandlungen durch die EU-Kommission nicht zu unterstützen, sondern eine grundsätzliche Änderung in der Verhandlungsrichtung zu fordern. Das Verhandlungsmandat muss an die Gegebenheiten von 2018 angepasst werden. Voraussetzung für eine Weiterverhandlung muss eine strenge und unabhängige Folgenabschätzung sowie eine transparente Kontrolle der ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Standards sein, die sich die Bundesregierung selbst auf die Fahne geschrieben hat und zu denen sie völkerrechtlich und auf Basis der

deutschen Rechtslage verpflichtet ist.
Die Mercosur-Verhandlungen sind Symptom einer EU-Handelspolitik, die auf den eigenen kurzfristigen ökonomischen Vorteil bedacht ist, aber Umwelt- und Sozialfragen kaum berücksichtigt. Das muss sich ändern. Wir brauchen eine Neuausrichtung der EU-Handelspolitik, aber auch eine Abkehr von einer Exportorientierung in der Landwirtschaftspolitik, die lokale Märkte in den Importnationen zerstört. Regionale Wirtschaftskreisläufe müssen gefördert werden.
Die EU muss bei Umwelt- und Sozialstandards mit gutem Beispiel vorangehen und diese auch über faire Handelsabkommen konsequent fördern. Kleinbäuerliche Betriebe und die nachhaltige, lokale Produktion in der EU und in den Partnerländern müssen konsequent unterstützt werden.
Wir wollen, dass die EU eine Vorreiterrolle beim Aufbau eines fairen multilateralen Handelssystems spielt und alte wie neue Handelspartnerschaften an diesem strengen Maßstab misst.
Mehr denn je müssen wir unseren Partner*innen auf Augenhöhe begegnen. Dies darf aber nur unter Berücksichtigung der Menschen vor Ort und im Sinne des fairen wie auch nachhaltigen Handels geschehen. Das Mercosur-Abkommen erfüllt zum jetzigen Zeitpunkt diese Bedingungen nicht**.**

weitere Antragsteller*innen

Katharina Dröge (Köln KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Dominic Hallau (Bielefeld KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Peter Seimer (Böblingen KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Paula Louise Piechotta (Leipzig KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Dorothea Kaufmann (Heidelberg KV); David Esders (Heidelberg KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Sven Lehmann (Köln KV); Lisa-Marie Friede (Köln KV); Michael Wustmann (Heidelberg KV); Stefan Benzing (Ludwigsburg KV); Michael Reisner (Berlin-Mitte KV); Martin Häusling (Schwalm-Eder KV); Angelika Kreidler (Schwäbisch Hall KV)